

14. Beratung: Hygienekonzept für die Sitzungen des Kreistages, des Kreisausschusses und der Fachausschüsse des Landkreises Oder-Spree während der CoVID 19-Pandemie, Beschlussvorlage: 003/2021
15. Beratung: 4. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung für den Landkreis Oder-Spree, Beschlussvorlage: 061/2020
16. Beratung: Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages Oder-Spree, Beschlussvorlage: 042/2020
17. Beratung: Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages Oder-Spree - "Rederecht der Abgeordneten zum Rechenschaftsbericht des Landrates", Antrag: 10/AfD/2020
18. Beratung: Ergänzung der Geschäftsordnung des Kreistags, Antrag: 12/BVB/Fr Wähler/20
19. Beratung: Aufgabenübertragung als Leiter/in des Amtes für Service und EDV, Beschlussvorlage: 005/2021
20. Beratung: Aufgabenübertragung als Leiter/in des Amtes für Personal und Organisation, Beschlussvorlage: 006/2021
21. Beratung: Einstellung eines/r Leiters/in des Amtes für Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz, Beschlussvorlage: 007/2021

II. Nichtöffentlicher Teil:

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.11.2020 - nichtöffentlicher Teil

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Kreisausschusses, Herr Lindemann, begrüßt alle Anwesenden und gibt Hinweise zum Verfahrensablauf. Zunächst stellt er die neue Mitarbeiterin des Kreistagsbüros, Frau Birgit Richter, vor. Weiter weist er darauf hin, dass die Sitzung in einer Zeitspanne von 90 Minuten – zuzüglich Pausen nach je 30 Minuten – abgearbeitet sein sollte. Er bittet die Mitglieder des Kreisausschusses um Entscheidung, ob seine Ausführungen zur Impfstrategie und Situation der Pandemie im Landkreis, die nicht zum Inhalt der Tagesordnung gehörten, an den Anfang oder das Ende der Sitzung gestellt werden sollten.

Der Vorsitzenden stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Bezüglich der TOP 19 und 20 erfolgen durch Herrn Buhrke die Informationen, dass diese Themen nach Prüfung durch das Rechtsamt und unter Berücksichtigung der Hauptsatzung für Beamte des gehobenen Dienstes keine Beteiligung des Kreistages erfordern würden. Alternativ

sei die Mitbestimmung des Personalrates erforderlich und die Ernennung stelle einen Verwaltungsakt dar.
Entsprechend handele es sich bei den BV 005 und 006/2021 um Informationsvorlagen.

Herr Dr. Zeschmann beantragt, die Tagesordnungspunkte 16, 17, 18 gemeinsam zu behandeln.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Beschlussvorlagen und Anträge zu den einzelnen Tagesordnungspunkten einzeln abgestimmt werden müssten.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über die Tagesordnung.

zugestimmt

Sodann informiert Herr Lindemann nach Zustimmung über den Verfahrensablauf über die Situation des Pandemiegeschehens im Landkreis, was sich etwas entspannt habe und an den Zahlen wieder spiegeln. Das betreffe nach Umverteilung auch die Inanspruchnahme von Krankenhausbetten. Es werde hart daran gearbeitet, die Nachverfolgung auf hohem Niveau und das Ausbreitungsgeschehen in Grenzen zu halten.

Das Einbinden in die Impfstrategie sei durch das Vorgehen der Landesregierung sehr schwierig anzusehen; die Vorwürfe zum fehlenden Engagement des Landkreises diesbezüglich gingen fehl.

Im Moment gehe es dem Landrat darum, ein zumutbares Impfangebot für die Einwohner des Landkreises sichergestellt zu wissen. Insbesondere für die vorrangig zu impfenden Bevölkerungsgruppen, zunächst der über 80-jährigen und daran anschließend der Bürger über 70 Jahre, sei der Impfzugang über die völlig überlastete Nummer 116 117 nicht zumutbar. Der Landrat habe sich entgegen mancher Fehlwahrnehmung auch seit Wochen um ein eigenes Impfzentrum für den Landkreis Oder-Spree bemüht, sei bislang aber vom Gesundheitsministerium auf die beiden Impfzentren Frankfurt (Oder) und Schönefeld verwiesen worden. Er kritisiere in diesem Zusammenhang auch, dass das Land Brandenburg nicht offen kommuniziere, dass die Landkreise bislang von jeglicher Mitgestaltung der Impfkampagne ferngehalten worden seien und diese ausschließlich von einem Konsortium bestehend aus Kassenärztlicher Vereinigung Brandenburg und Deutschem Roten Kreuz unter der Gesamtverantwortung der Landesregierung vorbereitet werde.

Erst am vergangenen Mittwoch (13.1.2021) habe der Ministerpräsident Klarheit geschaffen und darauf gedrängt, dass künftig auch die Kommunen mit einbezogen würden. Der Landrat sieht dieses Eingreifen des Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit dem verpatzten Impfstart in Brandenburg. Nunmehr sei die Orientierung ausgegeben, jede Gebietskörperschaft auf der Kreisebene erhalte ein eigenes Impfzentrum.

Gestützt auf diese Information habe der Landrat gemeinsam mit der Sozialdezernentin, Frau Zarling, am darauffolgenden Tag das Impfzentrum in Potsdam, das als Prototyp gelte, besucht, um sich einen Überblick über die logistischen Anforderungen zu verschaffen. Ein vor Ort geführtes Gespräch mit dem Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung, Herrn Rostek, sei allerdings sehr ernüchternd gewesen. Die KVBB habe deutlich gemacht, dass sie mit dem Land Brandenburg eine Vereinbarung über den Aufbau und die Betreibung von bislang lediglich elf geplanten Impfzentren habe und es für die sieben weiteren, die es nunmehr zusätzlich aufzubauen gelte, keinerlei Absprache mit der Landesregierung gebe. Herr Rostek machte darüber hinaus deutlich, dass er auch nicht über die notwendigen Ärzte für die Betreibung der weiteren Impfzentren Sorge tragen könne, da seine Ressourcen ausgeschöpft seien. Desgleichen sehe er ebenfalls keine Möglichkeit, dem Landkreis den Zugang zu den Datenverarbeitungssystemen bzw. zur eingesetzten Software zu verschaffen.

Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltungsleitung am folgenden Tag beschlossen ad hoc eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich mit einer Impfkonzeption für den Landkreis Oder-Spree auseinandersetzen solle. Nach eingehender Diskussion wurde sehr schnell deutlich, dass das weitere formale bestehen auf einem eigenen Impfzentrum in eine Falle führe. Damit würde man zwar die Verantwortung für sich reklamieren, mangels gegebener Ressourcen sei aber dieses Impfzentrum nicht zu betreiben. Insofern entschied sich die Arbeitsgruppe dafür, im gegebenen System zu verbleiben, gleichwohl aber unterhalb der Ebene der etablierten Impfzentren bedarfsgerecht und bürgernah einzelne Impfstellen an den Bevölkerungsschwerpunkten des Landkreises vorzusehen und diese in einem umlaufenden System zu betreiben. Ein Denkansatz sei hier, gegebenenfalls die Fahrbibliothek einzubinden. Gleichwohl könne man auf feste Räumlichkeiten nicht verzichten, da diese für die Phase der Nachsorge, in der sich jeder geimpfte 30 Minuten unter medizinischer Betreuung aufhalten müsse, notwendig würden. Um die Konzeption weiter auszugestalten, seien jetzt zwei Dinge wichtig, auf der einen Seite werde an den technischen Anforderungen gearbeitet und entsprechende Beschaffungsvorhaben vorbereitet. In einem zweiten Strang würden derzeit Gespräche mit den Verantwortlichen der Kassenärztlichen Vereinigung im Landkreis Oder-Spree geführt, um die Ärzte für dieses Modell zu gewinnen.

Der Landrat kündigte an, dass unverzüglich ein Konzept erarbeitet werde, welches dem Gesundheitsministerium zur Genehmigung vorgelegt werden müsse.

Die Unterstützung der Johanniter-Unfall-Hilfe, die das Impfgeschehen in Frankfurt/Oder operativ betreibe, sei dringend notwendig. Der Kontakt zur JUH sei bereits hergestellt worden. Der Landrat appellierte an alle Beteiligten - auch die Kommunalpolitik - diese Strategie zu unterstützen, da es das gesetzte Ziel einer 70-prozentigen Durchimpfung bis zum Ende des Sommers zu erreichen gelte, um ein vergleichbares Infektionsgeschehen wie Ende 2020 zu vermeiden. Es sei zudem zu berücksichtigen, dass dies einem Wettlauf mit der Zeit gleichkomme, weil gegenwärtig immer neue Mutationen, die zum Teil hochinfektiös seien, beobachtet würden.

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.11.2020 - öffentlicher Teil

Es liegen keine Anmerkungen oder Hinweise vor, um Bestätigung wird gebeten.

zugestimmt

Zu TOP 4 Beratung: Dringlichkeitsantrag: Afrikanische Schweinepest Vorlage: 17/FDP/BJA/BVFO/20/1

Herr Losensky weist darauf hin, dass die Sachdarstellung im Antrag erweitert worden sei, die dem Protokoll beigefügt werden sollte.

Die Zeit würde voranschreiten und die Bauern bräuchten Unterstützung, da im März die Bestellung der Äcker beginne; es jedoch in den Wäldern unzählige Wildschweine gebe und Fallen aufgestellt worden seien. Hier müsste eine Entscheidung über die weitere Verfahrensweise getroffen werden.

Frau Siebke sehe die Notwendigkeit der Unterstützung für die Bauern als gegeben, jedoch sei im Antrag von der Erarbeitung eines Konjunkturprogrammes die Rede. Der vorgetragene Sachverhalt beabsichtige jedoch schnelle Hilfen. Hier fehle der Zusammenhang. Da der Antrag im Fachausschuss wegen Verschiebung der Sitzung noch nicht darüber befunden habe, schlage sie vor, das Ergebnis abzuwarten und im nächsten Kreistag eine Entscheidung zu fällen.

Herr Lindemann schließt sich seiner Vorrednerin an und bittet um Klarstellung bis zum nächsten Kreistag.

Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 5

**Zu TOP 5 Beratung: Unterstützung der Frauenhäuser im Landkreis
Vorlage: 1/CDU/2021**

Herr Luhn bittet zu beachten, dass der Fachausschuss wegen der Verschiebung der Beratung über den Antrag bisher nicht beraten konnte und eine Entscheidung abgewartet werden müsse. Der Antrag könne dann jedoch im nächsten Kreistag aufgrund des Ergebnisses der Beratung einer Entscheidung zugeführt werden.

Um Abstimmung wird gebeten.

ohne Abstimmung

**Zu TOP 6 Beratung: Spezielle Nothilfe für Kommunen in Haushaltssicherung
Vorlage: 27/BVB/Fr Wähler/20**

Herr Dr. Zeschmann erläutert den Antrag.

Herr Schroeder bittet um das Wort, bezieht sich auf die bereits geführte Diskussion im Haushaltsausschuss und spricht gegen die Ausführungen und den Antrag von Herrn Dr. Zeschmann.

Herr Dr. Pech stellt in Frage, warum die bereits geführte Diskussion wiederholt geführt werden müsse. Es sei bereits bemängelt worden, dass im Antrag die Einführung einer differenzierten Kreisumlage zu sehen sei. Die Problematik, die damit verbunden sei, auch in der Auseinandersetzung zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Kommunen, habe mehrmals zur Diskussion gestanden. Ebenso könne nicht überschaubar werden, welcher reale finanzielle Aufwand für den Haushalt des Landkreises daraus erwachse.

Es müsse darüber nachgedacht werden, wie den Kommunen, die sich in schwierigen Situationen befinden, geholfen werden kann. Das könnte perspektivisch die Erhöhung z. B. der Mittel aus dem Förderprogramm sein, das bereits aufgelegt worden sei, könnte aber nicht bedeuten, dass über eine differenzierte Kreisumlage weitere Widersprüche in den Landkreis hineingetragen werden würden.

Herr Dr. Zeschmann wiederholt seine Ausführungen; Gemeinden in finanzieller Notlage müsse geholfen werden. Die Unterstützung aus dem Förderprogramm ziele nicht auf die richtigen Schwerpunkte ab.

Um Abstimmung wird gebeten.

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 3 Enthaltung 0

Zu TOP 7 Information über die partielle Neubesetzung der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree für die der Fraktion AfD Oder-Spree zustehenden Sitze, Vorlage: 2/AfD/2021

Es liegen keine Fragen oder Einwendungen vor, um Abstimmung wird gebeten.

Mehrheitlich zugestimmt

- Pause -

Zu TOP 8 Beratung: Einstellung des Unterrichtsbetriebes im Außenstandort der Schule mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ „Regine Hildebrandt“ in Erkner mit Fertigstellung des Neubaus am Hauptstandort in Fürstenwalde (vsstl. im Jahr 2025) Vorlage: 056/2020

Herr Dr. Pech bezieht sich auf den früheren Antrag im Kreistag bezüglich der Kooperation zwischen den Landkreisen MOL und LOS. Das Ergebnis sei gewesen, dass eine Kooperation nicht mehr möglich sei, weil die Planung in MOL so fortgeschritten sei, dass man nichts mehr beeinflussen könne. Zwischenzeitlich sei durch den Landkreis MOL der Neubau abgesagt und man stünde wieder am Anfang. Da der Bedarf weiterhin bestünde, sollte über eine Koordinierung für die Regionen um Erkner, Rüdersdorf, Schöneiche und Neuenhagen nachgedacht werden. Er beantrage, die Beschlussvorlage zurückzustellen und vorerst ein Gespräch mit dem Nachbarkreis zu führen und sich zu koordinieren. Das greife auch nicht in Grundsatzentscheidung des Beschlusses ein. Die sofortige Entscheidung über die Beschlussvorlage sei wegen des zeitlichen Ablaufs nicht notwendig.

Frau Siebke bezieht sich auf die Diskussionen im Bildungsausschuss; die bestehende Situation würde jedoch nichts an dem Grundsatzbeschluss ändern. Nach den Vorgaben des Ministeriums könne in Erkner wegen der Schülerzahlen die Schule keinen Bestand haben. Sollte eine neue Schule gebaut werden, wäre eine andere nicht genehmigungsfähig. Im Moment müsse man es als Bestandsschutz betrachten. Wegen des zeitlichen Vorgehens müsste beachtet werden, dass das die Planungsgrundlage für den Neubau am Standort Fürstenwalde bedeute. Sie sehe die Zusammenarbeit mit dem Landkreis MOL zum gegebenen Zeitpunkt notwendig; es müssten jedoch die Vorgaben des Bildungsministeriums Beachtung finden. Eine Vielzahl der Schüler in Erkner käme aus dem Landkreis MOL, der hierfür den Schullastenausgleich zahle. Sie gehe davon aus, dass bei einem Neubau im Landkreis MOL vorrangig die dortigen Schülerzahlen Berücksichtigung finden, jedoch bei Kapazitäten auch Schüler aus LOS aufgenommen werden würden, um die Möglichkeiten auszulasten. Die Schwierigkeiten des Neubaus im Nachbarlandkreis bestünden in der Grundstücksfindung. Sie spreche sich dafür aus, nunmehr mit der Planung für den Bau in Fürstenwalde zu beginnen und außerdem mit dem Landkreis MOL im Gespräch zu bleiben.

Frau Dr. Böger spricht sich dafür aus, in den Regelschulen die sonderpädagogischen Bedarfe und Angebote zu prüfen und zu nutzen, da hier sehr gute Erfahrungen bestünden. Entsprechend ihrer Erfahrung nach Gesprächen mit den Schulleitern stellt sie in Frage, warum eine Vielzahl dieser bewährten Modelle eingestellt worden seien; die Schwierigkeiten der Schülerbeförderung müsse im Zusammenhang betrachtet werden.

Herr Dr. Stiller bezieht sich auf das nicht sehr eindeutige Abstimmungsergebnis im Bildungsausschuss. Er bittet, die finanziellen Auswirkungen zu betrachten, denn diese liefen ins

Leere. Die in Ansatz gebrachten Kosten würden verlagert werden und seinen Erfahrungen widersprechen. Bestehende negative Erfahrungen – auch bezüglich der Schülerbeförderung – sollten bei sämtlichen Planungen Beachtung finden. Er hätte es befürwortet, wenn Festlegungen bezüglich des Schülerspezialverkehrs getroffen worden wären. Er sehe die Darlegungen oberflächlich und befürchte, dass weitere Belastungen auf die Kinder zukommen würden.

Herr Dr. Zeschmann stellt die Diskussion, die seit längerer Zeit geführt würde, in Frage. Er sei davon ausgegangen, dass im Vorfeld Gespräche mit dem Landkreis MOL geführt und eine Lösung gefunden werden würde. Die Ausführungen von Frau Siebke könne er nicht nachvollziehen. In Anbetracht der finanziellen Situation der Kommunen müssten die Landkreise zusammenarbeiten. Er unterstütze den Antrag von Herrn Dr. Pech, die Beschlussvorlage so lange zurückzustellen, bis ernsthafte Gespräche mit dem Landkreis MOL geführt worden seien. Erst dann könne eine Lösung gefunden werden. Bürgernah zu denken, würde auch bedeuten, die Fahrzeiten für Schüler auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Herr Buhrke führt aus, dass eine Schule in Rede stünde, die dringend auf den Standard gebracht werden müsse. Die nunmehr in die Diskussion eingebrachten Argumente würden eine Verzögerung bedeuten. Die Planung anhand des Verhältnisses der Schülerzahlen der jeweiligen Landkreise über den vorliegenden Zeitraum abhängig zu machen, sei für den Grundsatzbeschluss zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll.

Frau Siebke bringt zum Ausdruck, dass die Bedingungen in der Schule sehr schlecht und unzumutbar seien. Das sollte nicht länger zur Kenntnis genommen, sondern gehandelt werden. Gespräche mit dem Landkreis MOL könnten parallel geführt werden.

Frau Zarling ergänzt, dass im Moment nicht klar sei, aus welchen Regionen die Kinder kommen und möglicherweise in fünf oder sechs Jahren einen Schulplatz in Fürstenwalde beanspruchen würden. Die Absicherung des Schülerspezialverkehrs nach Fürstenwald und zum jeweiligen Wohnort müsste in die Planung einbezogen werden. Sie appelliere, den Schulbau in Fürstenwalde zu unterstützen, um Schülern und Lehrern die derzeitige prekäre Situation zu ersparen.

Herr Dr. Zeschmann bringt sein Unverständnis über die Diskussion zum Ausdruck. Seiner Auffassung nach sei das Thema lange diskutiert worden und der Landkreis habe bezüglich der Zusammenarbeit mit dem Nachbarlandkreis zu spät gehandelt. Daher dürfe jetzt nicht mit Zeitverzögerung argumentiert werden.

Herr Dr. Pech bittet auf Nachfrage des Vorsitzenden, ob der Antrag auf Rückstellung aufrecht erhalten bleibe, dass die Verwaltung bis zum nächsten Kreistag klarstellen möge, wie ein Vorgehen, das dem Problem aus der Diskussion Rechnung trage, möglich sei. Es ginge nicht darum, gegen einen Neubau in Fürstenwalde zu stimmen, sondern der vorliegende Beschluss komme auch zu einem späteren Zeitpunkt nicht zu spät und behindere den Bauablauf überhaupt nicht. Es bliebe z. B. bis zum April Zeit, mit dem Landkreis MOL einen gemeinsamen Nenner zu finden, um kreisübergreifende Kapazitäten abzustimmen. Insoweit sei es eine Empfehlung an die Verwaltung, um der wiederholten Diskussion und Ablehnung im Kreistag vorzubeugen.

Herr Lindemann schlägt vor, ein Schreiben an den Landkreis MOL zu richten und dem Kreistag vorzulegen, um das Problem darzustellen und eine Dokumentation zu führen, denn es habe bereits Gespräche mit dem Nachbarlandkreis gegeben.

Herr Dr. Pech antwortet, dass der Kontakt auf jeden Fall gesucht werden sollte und wenn dieser abgelehnt werden würde, müsse man das zur Kenntnis nehmen. Er sehe den Bedarf für die Schüler auf jeden Fall als gegeben.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über die Beschlussvorlage und sagt zu, bis zum nächsten Kreistag eine Klärung mit dem Landkreis MOL herbeizuführen und über den Ausgang zu informieren. Käme es zu keiner Klärung, würde die Verwaltung die Beschlussvorlage bis zum nächsten Kreistag zurückstellen.

Herr Fachtan meldet sich zu Wort und bittet zu bedenken, dass eine Prognose über die Schülerzahlen bis zum Jahr 2025 nicht möglich sei, was der Planung bzw. der Zusammenarbeit mit dem Landkreis MOL entgegenstünde. Somit würde sich nichts ändern, wenn die Entscheidung über die Beschlussvorlage verschoben werden würde.

Im Anschluss bittet der Vorsitzende um Abstimmung über die Beschlussvorlage.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 5 Enthaltung 0

Zu TOP 9 Beratung: Kinderschutzmonitoring - Jährliches Monitoring zu Entwicklungen und Tendenzen der Meldungen und der tatsächlich festgestellten Kindeswohlgefährdungen im Landkreis Oder-Spree (Berichtszeitraum 2019), Vorlage: 060/2020

Es werden keine Hinweise oder Bedenken vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 10 Beratung: Richtlinie für den Beirat für Menschen mit Behinderung des Landkreises Oder-Spree, Vorlage: 072/2020

Es werden keine Hinweise oder Bedenken vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 1

Zu TOP 11 Beratung: Grundsatz- und Baubeschluss für den Neubau einer modularen Doppelarztpraxis in Friedland, Vorlage: 001/2021

Es werden keine Hinweise oder Bedenken vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 1

Zu TOP 12 Beratung: Naturschutz-Förderrichtlinie für Baum-Naturdenkmale und Alleen, Vorlage: 002/2021

Es werden keine Hinweise oder Bedenken vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 13 Beratung: Änderung zum öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Bildung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Dialogforum Airport Berlin Brandenburg (KAG DF) und Geschäftsordnung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Dialogforum Airport Berlin Brandenburg
Vorlage: 004/2021**

Auf Nachfrage von Frau Siebke teilt Frau Teltewskaja mit, dass sich die vorliegende Änderung auf rechtliche Punkte, die vom Land Berlin und Bund vorgenommen worden sind, beziehe und keine Änderungen in Bezug auf die Kosten zu erwarten seien. Es sei nicht vorgesehen, dass der Landkreis jährlich Finanzen zur Verfügung stelle.

Um Abstimmung wird gebeten.

Mehrheitlich zugestimmt
Nein 2 Enthaltung 1

Zu TOP 14 Beratung: Hygienekonzept für die Sitzungen des Kreistages, des Kreisausschusses und der Fachausschüsse des Landkreises Oder-Spree während der CoVID 19-Pandemie, Vorlage: 003/2021

Es werden keine Hinweise oder Bedenken vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 2

- Pause -

Zu TOP 15 Beratung: 4. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung für den Landkreis Oder-Spree, Vorlage: 061/2020

Es werden keine Hinweise oder Bedenken vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 1

Zu TOP 16 Beratung: Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages Oder-Spree, Vorlage: 042/2020

Herr Dr. Pech weist darauf hin, dass auf die Anträge einzeln einzugehen wäre. Was jedoch kurzfristig entschieden werden sollte, sind die Regelungen im Zusammenhang mit der Einführung des papierlosen Sitzungsdienstes. Er gehe davon aus, dass das unstrittig sei. Anderweitige Regelungen sollten derzeit nicht der Beschlussfassung zugeführt werden. Als Beispiel nennt er die Änderung des Punktes zur Beschlusskontrolle.

Er bittet die antragseinbringenden Fraktionen, für eine Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages zu überlegen, eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe zu bilden, in der weitergehende Probleme diskutiert, die unterschiedlichen Positionen dargelegt und als gemeinsames Papier in den Kreistag eingebracht werden könnten. Somit hätte man eine breite Übereinstimmung über die Arbeit im Kreistag.

Herr Dr. Zeschmann befürwortet die vorgeschlagene fraktionsübergreifende Zusammenarbeit zu diesem Thema. In Bezug auf die übrigen Anträge sehe er keinen Diskussionsbedarf, da

diese Punkte durch die Kommunalverfassung untermauert seien und nun in der Geschäftsordnung transparent dargelegt werden müssten.

Herr Aulich spricht sich für den Vorschlag von Herrn Dr. Pech aus, obwohl er das Gespräch der Fraktionsvorsitzenden darüber als ausreichend erachte. Die Geschäftsordnung sollte in der Gesamtheit geändert und nicht immer wieder von vorn aufgegriffen werden. Bei Notwendigkeit befürworte die Bildung einer Arbeitsgruppe.

Herr Dr. Berger bringt zum Ausdruck, dass er die Abstimmung zum papierlosen Sitzungsdienst wünsche. Inwieweit jeder über die anderen eingebrachten Anträge entscheide, bleibe frei. Eine Mehrheit bedeutet, dass diese Punkte in der Geschäftsordnung integriert werden müssten. Die wiederholte Diskussion sei nicht notwendig.

Herr Schroder schließt sich den Ausführungen von Herrn Dr. Berger an. Bei den nunmehr monierten Punkten vermisse er die Änderungsanträge und stellt in Frage, warum diese Möglichkeit nicht genutzt worden sei; eine Empfehlung sei nicht ausreichend. Daher sehe er es notwendig, einzeln über die Anträge zu sprechen und abzustimmen. Er stehe der Arbeit einer Arbeitsgruppe kritisch gegenüber, denn die Meinungsbildung könne in den Fraktionen stattfinden und dort entschieden werden, mit wem man zusammenarbeiten möchte.

Herr Dr. Zeschmann bezieht sich auf seine Ausführungen und hebt klar hervor, dass er eine fraktionsübergreifende Arbeit wünsche, da die Geschäftsordnung immer wieder Anlass zur Diskussion gebe und Arbeitsgrundlage des Kreistages sei. Bezüglich des Antrages seiner Fraktion beantragt er die Einzelabstimmung der Punkte.

Herr Buhrke erläutert, dass die Geschäftsordnung Arbeitsgrundlage des Kreistages sei und nicht der Verwaltung. Auftrag der Verwaltung sei lediglich gewesen, die Geschäftsordnung in dem Punkt des „papierlosen Sitzungsdienstes“ umzusetzen. So seien technische und organisatorische Voraussetzungen geschaffen worden, jedoch werde nach wie vor Papier verschickt. Die Grundlage für das elektronische Verfahren müsse im Kreistag geschaffen werden. Inwieweit andere strittige Punkte bestehen würden, sollten diese auf anderem Wege besprochen und entschieden werden.

Herr Dr. Berger ergänzt, dass die Entscheidung über den papierlosen Sitzungsdienst nunmehr erfolgen sollte. Dazu könnte der Antrag von Herrn Dr. Pech zur Beschlusskontrolle aufgenommen werden. Er empfehle, im Kreistag über jeden Punkt einzeln abzustimmen.

Der Landrat ergreift das Wort und bringt zum Ausdruck, dass hier die unterschiedlichen Rollen, in denen der Landrat agiere, auseinanderzuhalten seien. Den Geschäftsbericht bringe er in seiner Funktion als Hauptverwaltungsbeamter in den Kreistag ein. Der Bericht betreffe ganz überwiegend Vorgänge, die den übertragenen Aufgabenkreis zuzurechnen seien, in dem der Landrat quasi von der Landesregierung in Anspruch genommen werde, um Landesaufgaben vor Ort umzusetzen. Dieser Bereich berühre nicht den kommunalen Selbstverwaltungsbereich, insofern liege das Entscheidungsrecht auch ausschließlich beim Landrat und nicht beim Kreistag. Andererseits unterliege der Landrat hier der Aufsicht des jeweiligen Ressorts der Landesregierung. Der Landrat halte sich deshalb, auch was seine parteipolitische Bindung anbelange, zurück. Anders seien seine Stellungnahmen zu beurteilen, wenn er als Mitglied des Kreistages, als Gleicher unter Gleichen, am kommunalpolitischen Entscheidungsprozess teilnehme. Hier müssten ihm im Hinblick auf seine parteipolitische Bindung auch kommunalpolitische Argumentationen möglich sein, um sich auf Augenhöhe mit den anderen Kreistagsabgeordneten bewegen zu können.

Herr Dr. Pech nimmt Bezug auf seine Ausführungen; die Beschlussfassung über den papierlosen Sitzungsdienst stehe außer Zweifel. Es gebe jedoch unterschiedliche Bedarfe zur

Änderung der Geschäftsordnung; Bsp. Frist zur Einreichung von Fragen an den Landrat. Die Fristenregelung sollte überarbeitet und einheitlich gestaltet werden. Es sei nicht zweckmäßig, im Kreistag darüber zu diskutieren. Eine Verständigung über Fragen zur Gestaltung der Geschäftsordnung, die eine Arbeits- bzw. Organisationsgrundlage darstelle und nicht vordergründig politisch sei, wäre seine Empfehlung.

Herr Luhn zeigt sich enttäuscht, dass nach der Diskussion über die Anträge in den Ausschüssen immer noch keine Klarheit geschaffen werden konnte, obwohl die Abgeordneten dort als Mitglieder ihre Vorschläge hätten einbringen können. Das Votum der Ausschüsse liege vor; wem die Ergebnisse nicht gefallen würden, der müsse einen Antrag im Kreistag stellen. Er fordere die Anwesenden auf, endlich über die Geschäftsordnung bzw. die Anträge abzustimmen.

Herr Dr. Stiller ergreift das Wort und schließt sich den Ausführungen von Herrn Dr. Pech an. Auch er sei Auffassung, dass einige Punkte in der Geschäftsordnung überarbeitet werden sollten. Er verstehe nicht, warum seine Hinweise ignoriert werden würden und sich der Kreistag mit vielen Einzelanträgen befassen sollte.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung zum TOP 16.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 2

**Zu TOP 17 Beratung: Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages
Oder-Spree - "Rederecht der Abgeordneten zum Rechenschaftsbericht
des Landrates", Vorlage: 10/AfD/2020**

Weiter bittet der Vorsitzende um Abstimmung zu diesem TOP.

Mehrheitlich abgelehnt
Ja 2 Enthaltung 1

**Zu TOP 18 Beratung: Ergänzung der Geschäftsordnung des Kreistages
Vorlage: 12/BVB/Fr Wähler/20**

Es erfolgt die Abstimmung über TOP 18.

Mehrheitlich abgelehnt
Ja 3 Enthaltung 1

**Zu TOP 19 Beratung: Aufgabenübertragung als Leiter/in des Amtes für Service
und EDV, Vorlage: 005/2021**

zur Kenntnis genommen

**Zu TOP 20 Beratung: Aufgabenübertragung als Leiter/in des Amtes für Personal
und Organisation, Vorlage: 006/2021**

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 21 Beratung: Einstellung eines/r Leiters/in des Amtes für Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz, Vorlage: 007/2021

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 2

Sonstiges:

Es sei gebeten worden, einige Anmerkungen zuzulassen.

Herr Dr. Pech nimmt Bezug zum Pandemie-Geschehen und die Regelungen der Landesregierung, die an den Betroffenen vorbeigehen würden. Ihm seien Fälle bekannt, dass das Problem von Anträgen von Selbstständigen auf Verdienstaumgleich trotz positiver Pressemeldungen seitens der Landesebene sich so darstelle, dass es z. B. in Schöneiche Menschen gebe, die diesen Verdienstaumgleich für die erste Lockdown-Periode gestellt, jedoch keine Antwort bzw. Bescheid erhalten hätten. Er bittet den Landrat, im Geschäftsbericht zum Kreistag zu diesem Problem Stellung zu nehmen, weil hier Landesregelungen Anwendung finden, jedoch Menschen im Landkreis betreffen würden und nicht nachvollziehbar seien. Es müsse eine Klarstellung erfolgen, was den Umgang mit Entschädigungsleistungen betreffe.

Der Landrat sagt zu, sich der Sache anzunehmen; es wäre jedoch wünschenswert detailliertere Angaben zu bekommen. Nur so bestünde die Möglichkeit, die Landesregierung darauf hinzuweisen, welche Antragsteller konkret betroffen seien.

Herr Losensky ergänzt die Ausführungen von Herrn Dr. Pech und schildert die schwierige Situation für die Mitarbeiter des eigenen Unternehmens, die seit März 2020 bestünde.

II. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.11.2020 - nichtöffentlicher Teil

Es liegen keine Hinweise oder Einwendungen vor, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 3

Der Vorsitzende bedankt sich für das zügige Durchführen der Sitzung des Kreisausschusses, schließt die Sitzung und wünscht allen einen guten Heimweg.

Rolf Lindemann
Vorsitzender des
Kreisausschusses

Sina Ziesmer
Protokollantin